Stand: 09.10.2026 06:59:45

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/3691

"Inklusion jetzt: Inklusive Schullaufbahn ermöglichen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/3691 vom 24.10.2014
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/7003 des BI vom 11.06.2015
3. Beschluss des Plenums 17/7207 vom 23.06.2015
4. Plenarprotokoll Nr. 48 vom 23.06.2015

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 24.10.2014 **Drucksache 17/3691**

Antrag

der Abgeordneten **Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Kathi Petersen, Martin Güll SPD**

Inklusion jetzt: Inklusive Schullaufbahn ermöglichen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, das Profil „Inklusive Schule“ – neben den bestehenden Kriterien – so zu vergeben, dass für alle Schülerinnen und Schüler eine für sie angemessene Schullaufbahn möglich ist, ohne dass ein Ortswechsel oder ein unverhältnismäßig langer Schulweg notwendig sind.

Begründung:

Bayerischen Schülerinnen und Schülern ist die Möglichkeit gegeben, in ihrer Umgebung jede Schulart zu besuchen. Dies muss natürlich auch für das Profil „Inklusive Schule“ gelten. Wenn also eine Grundschule das Profil hat, muss zwingend auch in einem angemessenen Umkreis die Möglichkeit bestehen, eine Mittelschule, Realschule und ein Gymnasium mit dem Profil „Inklusive Schule“ zu besuchen.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 11.06.2015 **Drucksache 17/7003**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung und Kultus

Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Kathi Petersen u.a. SPD
Drs. 17/**3691**

Inklusion jetzt: Inklusive Schullaufbahn ermöglichen

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Martin Güll**
Mitberichterstatter: **Norbert Dünkel**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bildung und Kultus federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen und der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 27. Sitzung am 16. April 2015 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 66. Sitzung am 5. Mai 2015 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.
4. Der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration hat den Antrag in seiner 33. Sitzung am 11. Juni 2015 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.

Martin Güll
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 23.06.2015 **Drucksache 17/7207**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Kathi Petersen, Martin Güll SPD**

Drs. 17/**3691**, 17/**7003**

Inklusion jetzt: Inklusive Schullaufbahn ermöglichen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet
Abg. Thomas Gehring
Abg. Margit Wild
Abg. Norbert Dünkel
Dritter Vizepräsident Peter Meyer
Abg. Günther Felbinger
Staatssekretär Georg Eisenreich

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe die **Tagesordnungspunkte 7 und 8** gemeinsam auf:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Optimierung der inklusiven Unterrichtsbedingungen durch Zweitlehrkräfte (Drs. 17/3092)

und

Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Kathi Petersen u. a. (SPD)
Inklusion jetzt: Inklusive Schullaufbahn ermöglichen (Drs. 17/3691)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Erster Redner ist der Kollege Gehring vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Jahr 2009 ist von der Bundesrepublik die UN-Behindertenrechtskonvention unterschrieben worden. Dem haben sich alle Bundesländer, die ja für Bildung zuständig sind, angeschlossen. Wir haben das zum Anlass genommen, in einer interfraktionellen Arbeitsgruppe zusammenzuarbeiten, und haben im Jahr 2011 einen gemeinsamen Gesetzentwurf hier eingebracht und verabschiedet. Das ist damals als Sternstunde des Parlaments bezeichnet worden. Ich finde auch, dass es gut war, dass wir diesen gemeinsamen Weg gegangen sind und erste Schritte in Richtung Inklusion unternommen haben. Aber jetzt ist es notwendig, weitere Schritte folgen zu lassen; denn ein Stern am Himmel erhellt das Firmament noch nicht besonders. Wir haben mit dem Gesetz erste Schritte gemacht und gesagt, Inklusion ist Aufgabe aller Schulen. Wir haben auch Schulen mit dem Profil Inklusion geschaffen, an denen ständig Sonderpädagogen arbeiten.

Wir haben jetzt die Aufgabe, weitere Schritte folgen zu lassen. Da stelle ich mir schon die Frage, inwiefern die Arbeit in der interfraktionellen Arbeitsgruppe noch Sinn hat, wenn wir nicht in nächster Zeit weitere Schritte erreichen. Ich sage das auch, weil wir und die SPD-Fraktion einige Anträge eingebracht haben, die wir auch in der interfraktionellen Arbeitsgruppe besprochen haben. Sie sind aber allesamt abgelehnt worden. Ja, noch mehr: Es gab auch keine Hinweise, wie man in Einzelpunkten vielleicht ein Stück weiterkommen kann.

Wir haben uns mit dem Thema Schulbegleitung beschäftigt. Seit Jahren befasst sich eine Arbeitsgruppe zwischen den Bezirken und dem Kultusministerium mit diesem Thema. Wir hatten gemeinsame Anhörungen von Sozialausschuss und Bildungsausschuss. Aber leider hat sich weder bei der Finanzierungssituation noch bei der pädagogischen Situation der Schulbegleitung etwas bewegt. Wir haben den Antrag gestellt, zumindest einen Modellversuch zu machen, an dessen Kosten sich das Land beteiligt und bei dem Pools gebildet werden, sodass sich Schulbegleiter um mehrere Schülerinnen und Schüler kümmern können, und bei dem Schulbegleiterinnen und Schulbegleiter aus- und fortgebildet werden. Auch da gab es keine Bewegung.

Ebenso ist es bei dem Thema einer zweiten Lehrkraft im Klassenzimmer, zu dem wir einen Antrag eingebracht haben. Alle sagen und bestätigen, dass Inklusion nur gelingen kann, wenn nicht nur eine Lehrkraft die ganze Zeit in der Klasse ist, sondern wenn zumindest zeitweise eine zweite pädagogische Kraft im Klassenzimmer ist, die sich um einzelne Schülerinnen und Schüler kümmern und eingreifen kann, zum Beispiel bei Kindern mit einer besonderen Behinderung oder Kindern mit Verhaltensauffälligkeiten, die jemanden brauchen, der schnell zur Stelle ist. Auch dieser Antrag hat keinerlei Zustimmung gefunden.

Wir brauchen jetzt unbedingt ein Modell für Zweitlehrkräfte. Man muss darüber sprechen, welche Ausbildung diese Leute haben, wie sie im Unterricht eingesetzt werden und vor allem wie und von wem sie bezahlt werden. Die Antwort ist ganz klar: Sie

müssen aus dem Landeshaushalt, aus dem Etat des Kultusministeriums finanziert und bezahlt werden. Es gibt aber keine Schritte in diese Richtung.

Ähnlich ist es beim Antrag der SPD, den ich sehr wichtig finde. Wir haben jetzt Grundschulen mit dem Profil Inklusion. Sie sind erfolgreich, und alle sagen: Man hat sehr schön zusammen gelernt; aber nach Klasse vier ist es damit vorbei, und es ist unklar, wie es weitergeht. Das kann nicht sein. Inklusion als Basis allein in der Grundschule kann es nicht sein. Das ist nicht die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

Deswegen müssen wir wirklich überlegen, wie wir weitermachen. Uns ist diese Frage sehr ernst. Um sie zu thematisieren, haben wir die Anträge hochgezogen. Es stellt sich schon die Frage, ob die interfraktionelle Arbeitsgruppe noch eine Arbeitsgrundlage hat und ob sie sich noch Ziele setzen kann, die sie gemeinsam erreichen will, oder ob das nicht mehr der Fall ist.

Der Kollege Waschler vergleicht Inklusion mit einem Marathonlauf.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU))

Meine Erfahrung aus meinem einzigen Marathonlauf – ich bin euch gegenüber ein kleines Licht, das weiß ich – war - -

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Nicht zu schnell anfangen, Herr Kollege!)

– Hören Sie auf meine Erfahrung, Herr Kollege. - Die Erfahrung aus meinem Marathonlauf war: Man muss ziemlich schnell sein Tempo haben, mit dem man durchlaufen will, und der größte Fehler ist, stehen zu bleiben oder langsamer zu werden. Es ist auch falsch, wenn man nicht den richtigen Kurs hat und Umwege macht. Wir müssen also das Tempo halten und müssen weitermachen. Dazu sind in nächster Zeit notwendige Schritte zu machen. Unser Antrag soll ganz deutlich machen: Wir müssen bei

dem Thema der Zweitlehrkräfte wie bei vielen anderen Themen auch weiterkommen. Deswegen bitte ich nachdrücklich um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. - Bevor ich der nächsten Rednerin das Wort erteile, darf ich Sie davon in Kenntnis setzen, dass die SPD-Fraktion zu ihrem Antrag auf Drucksache 17/3691 namentliche Abstimmung beantragt hat. Ich denke, wir bekommen es zeitlich so hin, dass wir unmittelbar im Anschluss an die Beratung die namentliche Abstimmung durchführen können. – Jetzt hat Frau Kollegin Wild von der SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Margit Wild (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Gehring, Sie haben schon sehr viel zur interfraktionellen Arbeitsgruppe ausgeführt. Man kann festhalten, dass man mit dieser interfraktionellen Arbeitsgruppe zunächst einmal ein sehr gutes Instrument gefunden hat, das über Bayern hinaus große Beachtung gefunden hat. Wir haben es in diesen Jahren immerhin geschafft, viele Gemeinsamkeiten zu finden. Aber wir haben schon in den vergangenen zwei Jahren feststellen müssen, dass es viele Stolpersteine und viele Barrieren gibt, die es zu beseitigen gilt. Wir kommen im Augenblick nicht sonderlich gut weiter; das muss man ganz einfach einmal festhalten.

Der Kollege Dünkel hat in einer seiner Reden angemerkt, man müsse alles sehr sorgfältig machen. Dem möchte ich in keiner Weise widersprechen. Ich möchte aber auch nicht, dass ein Pflänzchen, das von vielen engagierten Eltern, Lehrkräften und Schulleitern mühsam hochgezogen worden ist, auf einmal umknickt, weil wir nicht die erforderlichen Ressourcen zur Verfügung stellen. Eine Stimmung der Unterstützung kann sehr schnell kippen. Ich nenne das Beispiel der Zweitlehrkräfte im Unterricht, weil es sich gerade auf den Antrag bezieht. Es gibt mittlerweile – das muss man zur Kenntnis nehmen – auch inklusionsfeindliche Äußerungen von Eltern, die Sorgen haben, dass ihre "normalen" Kinder aufgrund der vorherrschenden Rahmenbedingungen nicht aus-

reichend gefördert werden können, weil es in der Klasse Kinder mit besonderen Bedürfnissen gibt. Ich finde, man muss solche Äußerungen von Eltern ernst nehmen. Die Lehrkräfte müssen einen wahnsinnigen Spagat schaffen, wenn sie allen Kindern gerecht werden wollen und kein Kind irgendwie durchlaufen lassen, wie es der Inklusion entspricht.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man das ernst nimmt, was Inklusion bedeutet, nämlich dass keiner stigmatisiert werden darf, dass keiner ausgegrenzt werden darf und dass es eine echte Individualisierung geben soll, heißt das, dass eine Lernatmosphäre herrschen muss und dass es Lehrpläne geben muss, die sich wirklich an der Kompetenz der einzelnen Schülerinnen und Schüler orientieren, dass es also einen kompetenzorientierten Bildungsplan für jedes einzelne Kind und eine Lernumgebung geben muss, die allen Bedürfnissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten der Kinder Rechnung trägt. Da, meine ich, darf man die Lehrkräfte, die in weiten Teilen sehr engagiert sind, nicht alleine lassen.Wenn man es mit Individualisierung – diese kostet Zeit und Kraft – ernst meint, dann muss man diesen Lehrkräften zumindest zeitweilig eine zweite Person an die Seite stellen; sonst wird das nicht funktionieren.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Thomas Gehring (GRÜNE))

Ich möchte auf die nächste Herausforderung eingehen, wenn es darum geht, eine inklusive Schullaufbahn zu ermöglichen; Kollege Gehring hat dazu schon ausgeführt. Zu mir sind Eltern gekommen, deren Kind die Grundschule besucht und dort ein bestimmtes Setting erfahren hat. Nun müssen die Eltern für ihr Kind eine geeignete Mittelschule, eine geeignete Realschule oder ein geeignetes Gymnasium finden. Es muss doch möglich sein, dass dieses Kind wohnortnah weiterhin diese erfolgreiche Art der Beschulung in Anspruch nehmen kann. Die Intention der interfraktionellen Arbeitsgruppe muss es sein, die Bedingungen dafür zu schaffen.

Die Träger von Förderschulen haben uns vor einiger Zeit im Rahmen eines Treffens sehr deutlich darauf aufmerksam gemacht, was es bedeutet, wenn diese Kinder - was häufig der Fall ist - an die Förderschule zurückmüssen. Sie sind völlig anderen Unterricht zu völlig anderen Bedingungen gewohnt. Das Ergebnis ist Frust auf Seiten der Lehrerkollegien an den Förderzentren, aber auch auf Seiten dieser Kinder. Ich meine, das darf nicht sein. Wir müssen darauf achten, dass die Vorgabe in Artikel 2 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen umgesetzt wird: "Inklusiver Unterricht ist Aufgabe aller Schulen." Bisher erfüllen in erster Linie die Grundschulen und einige Mittelschulen diese Aufgabe, nur ganz vereinzelt Realschulen und Gymnasien. Ich betone: Das kann es nicht sein.

Wir müssen uns auch ernsthaft Gedanken darüber machen, wie wir mit der Schulbegleitung umgehen. Eines kann man heute schon sagen: Eine Eins-zu-eins-Betreuung, ohne Anforderungen an die ausreichende pädagogische Qualifizierung der Schulbegleiter zu stellen, wird nicht funktionieren. Ist es wirklich sinnvoll, drei oder vier Schulbegleiter in einer Klasse zu haben? Ist es nicht sinnvoller, ein Konzept zu entwickeln, das den Fachlehrern und den Förderlehrern – auch den heilpädagogischen Förderlehrern - eine gute, differenzierte Unterrichtsplanung ermöglicht? Ich möchte vermeiden, dass unseren Lehrkräften, die sich stark für die Inklusion engagieren, plötzlich die Luft ausgeht, dass sie irgendwelche Krankheiten bekommen oder dass ihnen ihre Motivation flöten geht. Auch die Eltern sollen nicht resignieren.

Aus den genannten Gründen bitte ich Sie herzlich, beide Anträge zu unterstützen; sie ergeben außerordentlich viel Sinn.

Ich mag es langsam nicht mehr haben, dass Kollege Gehring, ich und andere draußen beschwichtigen müssen – "das wird schon noch", "das kommt schon noch", "wir bringen das Ganze voran" –, obwohl wir merken, dass wir, auch wenn wir einen Stein in den Fluss geworfen haben, nicht an das Ziel kommen, Teilhabe für alle Schülerinnen und Schüler zu ermöglichen. Wir sind auf diesem einen Stein stehen geblieben. Wir

brauchen aber viele Steine, damit wir endlich auf die andere Seite kommen und das Ziel erreichen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächster hat Herr Kollege Dünkel von der CSU-Fraktion das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Norbert Dünkel (CSU): Lieber Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir nach den Reden von Thomas Gehring und Margit Wild zunächst eine Bemerkung mit Blick auf die Zeitschiene: Ich bin seit 1989 Geschäftsführer der "Lebenshilfe Nürnberger Land"; in mittlerweile 24 Einrichtungen erreichen Menschen mit Handicap Förderung, Betreuung und Begleitung. Aus meiner Erfahrung weiß ich: Übereiltes Vorgehen ist im Bereich der Förderung und Unterstützung von Menschen – Kindern, Jugendlichen, Erwachsenen – mit Handicap nicht angezeigt. Nichts ist schlechter, als insoweit auf Eile zu setzen.

Klar ist: Die Arten und die Grade der Behinderung mögen sich unterscheiden. Aber jede und jeder einzelne Betroffene ist ein Mensch mit eigener Persönlichkeit. Über die Frage, was der gute, der richtige Weg ist, muss immer im Einzelfall unter Berücksichtigung verschiedener Aspekte entschieden werden. Die Entscheidung, ob eine Fördereinrichtung oder die Regelschule geeignet ist, muss gemeinsam mit den Eltern und den Einrichtungen getroffen werden.

Seit 2009 ist die Behindertenrechtskonvention in Kraft; ich meine, darauf sollte noch einmal hingewiesen werden. Seit 2013 arbeiten alle Parteien in diesem Landtag in einer interfraktionellen Arbeitsgruppe zusammen, um schrittweise den bestmöglichen Weg – ich betone die Wörter "schrittweise" und "bestmöglich" – zur Umsetzung dieser Konvention zu finden. Mit der Änderung des Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen im Jahr 2011 sind wir in Bayern einen ganz wesentlichen Schritt gegangen, indem wir den Grundsatz des gemeinsamen Unterrichts von Kindern mit Handicap und Kindern ohne Handicap festgeschrieben haben.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Freistaat Bayern ermöglicht durch eine zunehmend bessere personelle und finanzielle Ausstattung eine Vielfalt schulischer Angebote der Inklusion. Liebe Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN, unser Motto lautet nicht: "Eine Schule für alle!" – auch die GRÜNEN auf Bundesebene fordern das immer wieder –, sondern unser Motto lautet: "Schulen für alle!" Wir ermöglichen damit Eltern, Kindern und Jugendlichen Wahlfreiheit. Inklusion ist keine Pflicht. Inklusion ist eine Möglichkeit, die wir eröffnen wollen. Die Eltern sollen sich für das schulische Angebot entscheiden können, das sie mit Blick auf Art und Grad der Behinderung des Kindes als bedarfsgerecht bevorzugen. Die Wahlfreiheit ist ein wesentliches Element der Umsetzung der Inklusion in Bayern. Sie ist auch Ergebnis einer intensiven und, wie ich meine, an qualitativen Kriterien orientierten Diskussion mit Elternverbänden, Sozialverbänden und Kirchen in Bayern – und mit der Politik. Die Wahlfreiheit eröffnet die Möglichkeit, sich gleichberechtigt für eine Förderschule oder für eine Regelschule zu entscheiden.

Parallel zu dem Profil "Inklusive Schule" für Regelschulen hat der Landtag 2015 auch ein entsprechendes Modellprojekt für Förderschulen auf den Weg gebracht. Dieses Vorhaben ist personell und finanziell ehrgeizig. Wir befinden uns aufgrund der bekannten politischen Rahmenbedingungen in einer Zeit besonderer finanzieller Herausforderungen auch im Bildungssystem.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Genau! Landesbank!)

Sowohl in der Arbeitsgruppe "Inklusion" als auch im Wissenschaftlichen Beirat waren wir uns von Anfang an darüber im Klaren, dass die Umsetzung nicht in kurzer Zeit gestemmt werden kann. Vielmehr muss ein Weg beschritten werden, der von hoher Verantwortung gegenüber den Betroffenen – den Kindern an Förderschulen und den Kindern an Regelschulen –, aber auch von unserer haushälterischen Gesamtverantwortung getragen ist.

Wir können heute feststellen: Das, was geschaffen worden ist, kann sich sehen lassen. Auch für diese Legislaturperiode sind wesentliche Beschlüsse gefasst worden. So wird es in jedem Jahr 100 neue Stellen für Inklusion geben, in fünf Jahren also insgesamt 500 Stellen. Darüber hinaus stellen wir im Doppelhaushalt 2015/2016 für den barrierefreien Ausbau nur der Schulen insgesamt 1 Million Euro zur Verfügung - neben den Mitteln, die die Kommunen als Sachaufwandsträger auf der Grundlage des Finanzausgleichsgesetzes zur Verfügung gestellt bekommen.Deshalb meine ich, dass wir einen im positiven Sinne beispiellosen Weg beschreiten.

Der Integrationsanteil im Sinne der Konvention ist deutlich angestiegen. Er lag im Schuljahr 2013/2014 mit 19.300 Schülern statistisch bei 27 %; vor vier Jahren betrug er 16 %. Man sieht also, dass wir das Ganze konsequent und sukzessive weiterentwickeln.

Mit Blick auf die Anträge, die uns von der SPD zum Thema inklusive Schullaufbahn ohne Ortswechsel vorgelegt werden, kann man nur feststellen: Unabhängig davon, ob am betreffenden Schulstandort eine Schule das Profil "Inklusive Schule" führt oder nicht, ist bereits jetzt für jeden Schüler laut Gesetz die Wahl der angemessenen Schullaufbahn vor Ort möglich. Im Hinblick auf das Schulprofil liegt allerdings auch die Entscheidung zur Antragstellung und zur Einleitung der erforderlichen Schritte in der freien Entscheidung jeder Schule. Das halte ich für richtig und sinnvoll. Die Schule soll und muss vor Ort bedarfsorientiert entscheiden können, ob, wann und wie sie das Ganze auf den Weg bringen will und ob und welche Kinder zur Aufnahme anstehen.

Margit Wild ist vorhin auf das Thema Eltern eingegangen. Dabei ist natürlich auch zu beurteilen, ob die betroffenen Kinder, die für eine Aufnahme anstehen, auch im Klassenkontext die entsprechenden Vorbereitungen erfahren können und ob an der Schule die Eltern in diese Entwicklung einbezogen werden, und zwar nicht nur die Eltern von Kindern mit einem Handicap, sondern auch die Eltern von Kindern an Regelschulen. All dies ist, wenn wir es in Verantwortung getragen sehen wollen, im jeweiligen Fall zu beurteilen. Eine staatliche Anordnung, wie sie heute beantragt worden ist, ist deshalb

abzulehnen. Der Antrag der GRÜNEN ist ebenfalls abzulehnen, weil wir bereits heute in vielen Fällen die nötigen Rahmenbedingungen haben, um zu einer Doppelbesetzung zu kommen.

Ich fasse zusammen: Wir haben in den letzten Jahren viel erreicht, sind also auf einem guten Weg. Wir werden unsere Kapazitäten weiter ausbauen. Jedes Jahr werden 100 Lehrerstellen geschaffen, also viele Lehrer neu eingestellt. Auch hierfür wird mehr Geld zur Verfügung gestellt. In diesem Sinne darf ich Sie herzlich ermutigen, diesen Weg auch weiter fraktionsübergreifend mit uns gemeinsam zu beschreiten.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. – Einen kleinen Moment bitte; denn wir haben noch eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Gehring. Bitte sehr.

Thomas Gehring (GRÜNE): Lieber Herr Kollege Dünkel, Sie haben jetzt eine staatsmännische Rede gehalten,

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

aber es muss deutlich darauf hingewiesen werden, um was es geht. Inklusion ist keine Wahlveranstaltung, sondern ein Menschenrecht. Wir haben im Gesetz formuliert, dass es sich um ein Recht der Eltern handelt, die inklusive Schule zu wählen.

(Angelika Schorer (CSU): Genau das haben wir gesagt!)

Es ist Aufgabe aller Schulen, gemeinsames Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung zu ermöglichen und sich auf den Weg in Richtung Inklusion zu begeben. Es ist für den Freistaat Bayern Pflicht, für die Rahmenbedingungen zu sorgen.

(Angelika Schorer (CSU): Das machen wir Schritt für Schritt!)

Lieber Herr Kollege Dünkel, Sie brauchen mir nicht Voreiligkeit oder Übereiltheit vorzuwerfen; denn das trifft bei mir sicherlich nicht zu. Wir haben in der Arbeitsgruppe be-

schlossen, diesen Weg gemeinsam und stetig, wenn auch nicht voreilig, zu gehen. Aber das darf keine Ausrede für Stillstand, für Rückschritt oder dafür sein, Dinge, von denen wir seit Jahren wissen, dass sie getan werden müssen, nicht umzusetzen. Das, was wir tun müssen, haben wir 2010 in einem gemeinsamen Antrag fraktionsübergreifend festgelegt: Veränderung der Lehrerbildung, Offensive für Lehrerfortbildung, Änderung der Schulbegleitung, zusätzliche Ressourcen für alle Schulen. Wir haben also ein ganzes Paket an Themen vorliegen, die wir abarbeiten müssen. Momentan stockt es, und geht es nicht mehr weiter. Es besteht die Gefahr, dass draußen bei den Menschen die Akzeptanz für Inklusion verloren geht. In letzter Zeit haben wir gemeinsam mit Befürwortern der Inklusion einige Gespräche geführt, etwa mit Schulen für geistige Entwicklung und mit Schulen mit dem Profil Inklusion. All diese Leute sind für Inklusion und mit vollem Herzen dabei. Sie haben uns aber signalisiert, dass sie diese Aufgabe nicht meistern können, wenn auf diesem Gebiet keine weiteren Schritte gemacht werden, keine Ressourcen zur Verfügung stehen und ihnen keine weiteren Perspektiven gegeben werden. Deswegen ist jetzt keine Zeit mehr für ruhige Reden, sondern es muss gehandelt werden.

Norbert Dünkel (CSU): Lieber Thomas Gehring, zunächst einmal herzlichen Dank für die Einschätzung, es hätte sich um eine staatsmännische Rede gehandelt. Das freut mich sehr. Es würde sicherlich noch besser, wenn ich einmal eine staatsmännische Rede hielte.

Zum Inhalt kann ich sagen, dass wir zu einem sehr intensiven und sehr konstruktiven Austausch mit den Verbänden zusammengekommen sind, und zwar zuletzt vor acht Wochen. Dabei hat sich gezeigt – das muss man der Ehrlichkeit und der Fairness halber einbringen –, dass wir im Augenblick die Förderlehrer nicht zur Verfügung haben, die wir künftig benötigen, um Ihrem Antrag zu entsprechen. Deshalb hat der Landtag vor sechs Wochen den Beschluss gefasst, die Anzahl an Studienplätzen für das Lehramt entsprechend auszubauen. Aber auch die Aus- und die Fortbildung in Dillingen für

Lehrerinnen und Lehrer an Regelschulen sind in Bezug auf die Inklusion noch mehr verankert. All dies ist beschlossen und auf den Weg gebracht worden.

Die bayerischen Profilschulen – die Grund- und Mittelschulen – erhalten aktuell bereits zusätzliche Ressourcen, die sie bedarfsorientiert einsetzen und für diesen Zweck nutzen können. Bereits heute gibt es an den Schulen mit dem Ziel Inklusion viele, viele Klassen mit einem festen Lehrer-Tandem. Auch das muss, wenn wir ehrlich sind, einmal ausgesprochen werden. Dieser Weg wird – ich wiederhole mich – weiter ausgebaut. Hier ist das Zwei-Lehrer-System ein wesentliches Element. An Grund-, Mittel- und Berufsschulen werden Kooperationsklassen zeitweise durch den Sonderpädagogischen Dienst unterstützt. Diesen Weg wird die CSU-Landtagsfraktion konsequent, glaubwürdig und in der Umsetzung nachvollziehbar weiter beschreiten.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege Dünkel. – Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat sich Herr Kollege Felbinger gemeldet. Bitte schön.

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal ganz herzlichen Dank an die Kolleginnen und Kollegen der SPD und der GRÜNEN dafür, dass sie dieses wichtige Thema Inklusion heute noch einmal auf die Tagesordnung gesetzt haben; denn es ist an der Zeit, unverblümt zu reden und Bilanz zu ziehen, wie weit wir bisher bei der Umsetzung der Inklusion gekommen sind.

Was die Zeiten der fraktionsübergreifenden Einigkeit und des gegenseitigen Schulterklopfens angeht, sind wir wohl an einem Wendepunkt angekommen; denn es herrscht eher das Gefühl der Stagnation. Man braucht das, was wir vor vier Jahren fraktionsübergreifend erreicht haben, nicht schlechtzureden. Wir können stolz darauf sein, dass wir gemeinsam so weit gekommen sind. Aber jetzt müssen wir schonungslos eine ehrliche Bestandsaufnahme durchführen. Der Ansatz in Bezug auf die Profilschulen war durchaus richtig.

Herr Kollege Dünkel, ich sehe hier in keiner Weise ein übereiltes Vorgehen. Aber es gibt eine ernstzunehmende Entwicklung. In vielen Landkreisen wurden ein oder zwei Profilschulen gebildet. Die Gefahr, dass alle Schülerinnen und Schüler, die inklusiv beschult werden wollen, "hinberaten" werden, ist momentan sehr groß. Die Profilschulen dürfen nicht zu einem Sammelbecken für schwierige Schüler werden.So war das nicht gedacht, und so hat das auch nichts mit Inklusion zu tun. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Profilschulen die neuen Förderzentren werden.

Inklusion ist Aufgabe aller Schulen. Das haben wir damals im BayEUG in Artikel 2 so festgeschrieben. Das gilt, und so muss die Inklusion nach der Grundschule auch weitergehen. So verstehe ich auch den Antrag der SPD, dass wir hier endlich die Spur legen. Diese Spur sehe ich im Moment nämlich noch nicht. Wir brauchen daher unbedingt einen Fortschritt, damit der Marathonlauf, den ich hier so oft als Begriff verwende, Herr Kollege Waschler, nicht schon nach fünf Kilometern zum Stagnieren kommt, weil man keine Motivation mehr hat weiterzukommen.

Auch der Antrag der GRÜNEN mit dem Zwei-Pädagogen-System verfolgt das absolut richtige Ziel. Wir sind davon im Moment aber noch meilenweit entfernt. Man kann sagen, das ist ein frommer Wunsch; denn es fehlen noch die Ressourcen an allen Ecken und Enden.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, es ist auch ein klarer Handlungsauftrag für Sie, in den Haushaltsverhandlungen endlich einmal Farbe zu bekennen. Es wird immer wieder von den berühmten 100 Lehrerstellen pro Jahr geredet. Wenn wir aber ehrlich sind, dann müssen wir zugeben: Das ist unter dem Strich nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Wir kommen hier nicht wirklich weiter.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Viele Lehrkräfte wollen die Inklusion, aber sie haben inzwischen berechtigte Zweifel, ob sie wirklich gelingt. Es steht nicht zum Besten damit. Fakt ist, die Fortbildungsmaß-

nahmen haben oberflächlich Qualität, es fehlt aber an echter Unterstützung vor Ort. Fakt ist, dass die Stunden für die Mobilen Sonderpädagogischen Dienste – MSD – fehlen. Fakt ist, dass die Unterrichtsversorgung viel zu knapp ist, dass mobile Reserven fehlen. Fakt ist auch, dass die Lehrkräfte in den Kooperationsklassen keine Anrechnungsstunden bekommen. Fakt ist auch, dass wir festgelegt haben, dass die halben sonderpädagogischen Stellen mindestens 13 Stunden haben und nicht bei 13 Stunden enden. Auch über die Tandem-Klassen wird viel zu spät im Jahresverlauf entschieden, sodass die Schulleiter bis zuletzt in der Luft hängen. Das kann doch nicht sein. Wir brauchen deshalb zusätzliche Ressourcen, damit die Inklusion nicht zum Stehen kommt. Wir wollen doch auch an den Regelschulen weiterkommen, und ich sage bewusst: an allen Regelschulen. Wir brauchen dort multiprofessionelle Teams, die der Aufgabe gewachsen sind. Wir brauchen multiprofessionelle Teams aus Regelschullehrkräften, Sonderpädagogen und Heilpädagogen. Wir brauchen endlich auch die Finanzierung und die Neuausrichtung in der Schulbegleitung.

Wir haben das massive Problem - das haben wir vorhin schon gehört -, ausreichend Absolventen für das Lehramt Sonderpädagogik zu finden. Hier gilt es, endlich Anreize zu schaffen und Lösungen zu finden. In der Lehrerausbildung brauchen wir unbedingt eine vertieftere Einbindung der Inklusion für alle Lehrämter.

Meine Damen und Herren, es wäre noch viel zu sagen. Mit Blick auf meine Redezeit möchte ich aber zum Ende kommen. Wir FREIEN WÄHLER werden beiden Anträgen zustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. - Für die Staatsregierung erteile ich Herrn Staatssekretär Eisenreich das Wort. Bitte schön.

Staatssekretär Georg Eisenreich (Kultusministerium): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! 2006 wurde die UN-Behindertenrechtskonvention beschlossen, 2009 hat sie der Bundestag beschlossen. Wir in Bayern können sagen: Die Baye-

rische Staatsregierung und der Bayerische Landtag bekennen sich zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Uns allen ist die Umsetzung ein wichtiges Anliegen, für uns ist die Inklusion ein ganz wichtiges Ziel.

Wir haben damals den Weg beschritten, gemeinsam Grundlagen zu schaffen, und zwar durch eine interfraktionelle Arbeitsgruppe, die ganz untypisch einen Gesetzentwurf erarbeitet hat. Sie hat sich nicht nur einen Gesetzentwurf vorlegen lassen, sondern diese Arbeitsgruppe hat selbst einen Gesetzentwurf erarbeitet und geschrieben. Dieser Gesetzentwurf ist heute Grundlage für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Bayern. An dieser Stelle möchte ich noch einmal allen Mitgliedern der interfraktionellen Arbeitsgruppe herzlich danken. Das war ein wichtiges gemeinsames Signal an die Bevölkerung, an alle. Das ist deshalb so wichtig, weil das Wichtigste bei der Inklusion eine Bewusstseinsänderung ist. Streit bringt uns deshalb nicht voran. Dieses gemeinsame Signal hat deshalb sicher sehr geholfen.

Mit den gemeinsamen Grundlagen haben wir einiges geregelt. Ich möchte nur zwei Punkte herausgreifen, weil sie für die Anträge wichtig sind. Das eine ist: Wir haben klar festgelegt, dass die inklusive Schulentwicklung eine Aufgabe für alle Schulen ist, und zwar wirklich ausnahmslos für alle Schulen. Da gibt es auch kein Wahlrecht, ob man Inklusion will oder nicht. Es ist eine Aufgabe für alle Schulen. Darauf komme ich gleich noch einmal zu sprechen.

Der zweite Punkt: Neben den bewährten Möglichkeiten, die es in Bayern gab und gibt, haben wir neue Möglichkeiten für inklusives Lernen und inklusive Angebote geschaffen. Mit das Wichtigste ist die Einzelinklusion. Darüber hinaus haben wir das Profil "Inklusion" für Schulen geschaffen. Heute haben wir 164 Schulen, die das Profil "Inklusion" erworben haben. Der Hauptteil sind Grund- und Mittelschulen. Insgesamt gesehen ist diese Zahl ein durchaus stolzes Zwischenergebnis.

Nun komme ich zu dem SPD-Antrag, den ich inhaltlich verstehe. Ich habe deshalb auch gesagt, dass die meisten Schulen Grund- und Mittelschulen sind. Natürlich

möchte man, wenn man an der Grundschule ist, ein Angebot an den weiterführenden Schulen haben.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Es ist aber so: Es gibt keine Pflicht, das Profil "Inklusion" zu beantragen. Wir können das auch nicht vorgeben. Das sind freiwillige Entscheidungen. Die Schulen entscheiden, ob sie dieses Profil beantragen. Der Antrag der SPD hilft deshalb nicht weiter. Es hilft auch nicht weiter, wenn wir hier die Kriterien verändern. Es ist vielmehr wichtig, dass wir noch mehr Schulen von der Idee begeistern. Es ist wichtig, dass wir mehr weiterführende Schulen, insbesondere die Realschulen und die Gymnasien, von dieser Aufgabe begeistern. Deshalb halte ich das, was wir in der letzten Sitzung der interfraktionellen Arbeitsgruppe besprochen haben, für viel sinnvoller, dass wir nämlich jetzt den Blick über die einzelne Schule hinaus auf die Region lenken, damit in der Region die weiterführenden Schulen gemeinsam Konzepte erarbeiten und es dann durchgängige inklusive Angebote gibt. Der vorliegende Antrag hilft hier leider nicht weiter.

Auch der Antrag der GRÜNEN ist verständlich. Es geht um das große Ziel, dass es mehr Unterstützung gibt. Das verstehe ich, aber wir tun auch in diesem Bereich einiges. Ich möchte betonen, dass wir seit 2011 jährlich 100 zusätzliche Lehrerstellen zur Verfügung stellen. Das tun wir auch in diesem Jahr, und wir tun es auch im nächsten Jahr wieder. Am Ende dieses Doppelhaushaltes werden wir 600 zusätzliche Lehrerstellen allein für die Inklusion geschaffen haben. Das ist ein deutliches Zeichen, dass wir uns zum Ziel der Inklusion bekennen, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Wir setzen diese Lehrkräfte auch ein, um durch eine zweite Kraft zusätzlich Unterstützung in die Schulen zu bringen, durch den MSD und durch zusätzliche Ressourcen für die Schulen mit dem Profil "Inklusive Schule". Dort gibt es mindestens eine halbe Sonderpädagogenstelle und mindestens zehn Lehrerwochenstunden zusätzlich. Wir

haben sogar besondere Klassen mit dem Zwei-Lehrer-Prinzip, die Tandem-Klassen. Darüber hinaus haben wir die Förderlehrkräfte, die Schulpsychologen und die Beratungslehrkräfte. Das Ziel der zusätzlichen Unterstützung sehen wir also. Wir unternehmen auch wirklich viele Schritte, um voranzukommen. Wenn die Wünsche nach wie vor größer sind, ist das verständlich, das kann ich gut nachvollziehen. Ich glaube aber, man sieht hier, dass wir wirklich guten Willens sind und nicht nur reden, sondern handeln und Geld zur Verfügung stellen. An dieser Stelle an den Landtag meinen herzlichen Dank!

Für die Zukunft: Wir dürfen hier selbstverständlich nicht stehen bleiben, das tun wir aber auch nicht. Wir gehen weiter. Wir gehen schrittweise weiter, aber konsequent, um das Ziel zu erreichen. Ich möchte deshalb kurz sagen, was wir tun: Wir investieren jedes Jahr 100 zusätzliche Lehrerstellen. Wir sind auch weitergekommen bei der Lehrerfortbildung. Wir haben damit das Ziel der interfraktionellen Arbeitsgruppe umgesetzt, in den Sommerferien ein qualitativ hochwertiges Fortbildungsangebot anzubieten. Wir sind auch bei der Elternberatung weitergekommen, indem wir vernetzte, interdisziplinäre Beratungsangebote schaffen. Wir werden dieses Angebot im nächsten Schuljahr weitgehend flächendeckend in Bayern eingerichtet haben.

Wovon ich mir viel verspreche, das ist das Ziel der Modellregion. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, damit lenken wir den Blick über die einzelne Schule hinaus auf die Region. Auf diese Weise können wir vernetzte Konzepte erarbeiten, wie die sonderpädagogischen Förderzentren, die Grundschulen und die weiterführenden Schulen zusammenarbeiten können, um inklusive Bildungsangebote anzubieten, vom Eintritt in die Schule bis zum Ende der Schullaufbahn.Wir werden im Herbst damit starten. Wir werden mit der Region Kempten beginnen, und ich meine, das ist der richtige Schritt.

Sie können sich darauf verlassen: Der Weg ist richtig, und, verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir gehen ihn konsequent weiter. Wir gehen ihn deswegen konsequent weiter, weil uns dieses Anliegen wichtig ist, weil wir die Aufgabe ernst nehmen. Ich bitte Sie, uns auf diesem Weg weiter zu unterstützen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Staatssekretär. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung; die Anträge werden dazu wieder getrennt.

Ich lasse zunächst in einfacher Form über den Tagesordnungspunkt 7 abstimmen. Das ist der Antrag der Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/3092. Der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER. Gegenstimmen bitte! – Fraktion der CSU. Gibt es Enthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur namentlichen Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 8. Das ist der Antrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/3691. Der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus empfiehlt hier ebenfalls die Ablehnung des Antrags. Wir kommen zur Abstimmung; ich eröffne die namentliche Abstimmung. – Fünf Minuten!

(Namentliche Abstimmung von 16.52 bis 16.57 Uhr)

Meine Damen und Herren, ich schließe die Abstimmung. Das Ergebnis wird außerhalb des Sitzungssaals ermittelt und später bekannt gegeben. – Ich bitte, jetzt Platz zu nehmen oder die notwendigen Diskussionen draußen weiterzuführen.

(...)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Inzwischen gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Antrag der Abgeordneten Wild, Dr. Strohmayr, Petersen und anderer und (SPD) betreffend "Inklusion jetzt: Inklusive Schullaufbahn ermöglichen" auf Drucksache 17/3691 bekannt. Mit Ja haben 71 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 87. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 23.06.2015 zu Tagesordnungspunkt 8: Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Kathi Petersen u. a. SPD; Inklusion jetzt: Inklusive Schullaufbahn ermöglichen (Drucksache 17/3691)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin			
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		X	
Dr. **Bernhard** Otmar		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von **Brunn** Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin	X		
Dettenhöfer Petra			
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. **Dürr** Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Fahn** Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. **Förster** Linus			
Freller Karl			
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Dr. **Goppel** Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. **Herz** Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. **Huber** Marcel			
Dr. **Huber** Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. **Hünnerkopf** Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. **Kränzlein** Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von **Lerchenfeld** Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. **Magerl** Christian	X		
Dr. **Merk** Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. **Rabenstein** Christoph			
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. **Reichhart** Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina			
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Dr. **Söder** Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. **Vetter** Karl	X		
Vogel Steffen			
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. **Wengert** Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	71	87	0